

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

17. Wahlperiode

Ausschuss für Europafragen und Eine Welt

26. Sitzung am 07.02.2019
– Öffentliche Sitzung –

Protokoll

Beginn der Sitzung: 10:03 Uhr

Ende der Sitzung: 11:01 Uhr

Tagesordnung:

1. Aktueller Stand der Brexit-Verhandlungen
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der SPD
[– Vorlage 17/2345 –](#)

Ergebnis:

Vertagt
(S. 3 – 5)

2. Aktueller Stand der Brexit-Verhandlungen
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der CDU
[– Vorlage 17/3959 –](#)

Vertagt
(S. 3 – 5)

3. Die Zukunft Europas gestalten - Europa im Leben der Menschen erfahrbar machen - Die Sprache des Nachbarn lernen
Antrag
Fraktion der CDU
[– Drucksache 17/5149 –](#)

Ablehnung empfohlen
(S. 6)

4. Euro-Pool-Stellen
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der CDU
[– Vorlage 17/2402 –](#)

Erledigt
(S. 7 – 9)

Tagesordnung (Fortsetzung):

5. Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Großregion
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
der Fraktionen der SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[– Vorlage 17/4299 –](#)

6. Aachener Vertrag
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
der Fraktionen der SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[– Vorlage 17/4300 –](#)

7. Verschiedenes

Ergebnis:

Erledigt
(S. 10)

Erledigt
(S. 11 – 12)

(S. 13)

Vors. Abg. Andreas Hartenfels eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden, insbesondere für die Landesregierung Staatssekretärin Heike Raab.

Punkte 1 und 2 der Tagesordnung:

1. Aktueller Stand der Brexit-Verhandlungen

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der SPD
[– Vorlage 17/2345 –](#)

2. Aktueller Stand der Brexit-Verhandlungen

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der CDU
[– Vorlage 17/3959 –](#)

Die Tagesordnungspunkte werden gemeinsam behandelt.

Staatssekretärin Heike Raab berichtet, im Rahmen der Sitzung des Ausschusses der Regionen am vergangenen Tag in Brüssel habe die Gelegenheit bestanden, zum Stand der Brexit-Verhandlungen Informationen von EU-Kommissar Oettinger zu erhalten. In der vergangenen Woche habe eine Ministerpräsidentenkonferenz stattgefunden, bei der die Kanzlerin den Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten vermittelt habe, dass die Briten der EU erst einmal sagen müssten, was sie überhaupt wollten. Dasselbe habe Herr Oettinger am vergangenen Tag fast wortgleich gesagt.

Theresa May sei an diesem Tag in Brüssel und versuche Nachverhandlungen vorzunehmen. Niemand wisse aber genau, was sie nachverhandeln wolle.

Zum Brexit-Übergangsgesetz habe die zweite und dritte Lesung im Bundestag stattgefunden, und es werde im Bundesrat behandelt werden. Das heiße, der rechtliche Rahmen und die Voraussetzungen würden geschaffen, damit bei einem geordneten Brexit alles laufe. Bei einem ungeordneten Brexit müsse sowieso geschaut werden, wie es gehe.

Die Kanzlerin habe vergangene Woche zugesagt, dass dann eine Ad-hoc-Ministerpräsidentenkonferenz durchgeführt werde, weil eine unterschiedliche Betroffenheit bestehe. Bund und Länder hätten verschiedene Verabredungen getroffen, dass sich ad hoc zusammengesetzt werde, aber im Moment werde nicht gewusst, über was sich ad hoc zusammengesetzt werden solle.

Laut EU-Kommissar Oettinger wollten nur noch 30 % im Unterhaus diesen Brexit und von den 70 %, die den Harten Brexit wollten, wollten manche eine Verlängerung und andere nicht. Es werde an einem Notfallplan für eine Verlängerung bis zu einem Zeitpunkt XY gearbeitet, laut dem die Briten weiterhin bis Ende 2020 Zahlungen an die EU tätigten und in dem Umfang der Zahlungen an Projekten teilhaben könnten. Eine Reihe an Verpflichtungen könne den Prozess verlangsamen, damit die Lücke nicht so groß werde. Vieles hänge laut EU-Kommissar Oettinger vom heutigen Tag ab.

Der eigenen Wahrnehmung nach beharre die EU zunächst auf ihrer Position, weil im Kreis der EU 27 Vereinbarungen getroffen worden seien, die nicht weiter aufgeweicht werden könnten. Neben allen anderen Punkten sei der Frieden in Irland wichtig.

Vors. Abg. Andreas Hartenfels merkt an, der Prozess werde sehr gespannt verfolgt, und das Zeitfenster, noch zu einer vernünftigen Lösung mit möglichst wenigen Verlierern zu kommen, werde immer kleiner.

Abg. Heike Scharfenberger hält es für das größte Problem, dass bei den Briten kein Plan und keine Einigung darüber bestehe, wie sie vorgehen wollten. Insofern sei es schwierig, wie auf was reagiert werde. Selbst wenn Theresa May an diesem Tag in Brüssel sei, werde nicht gewusst, was sie vorlegen

wolle, weil im Unterhaus keine Einigung bestehe. Es sei ein unwürdiger Prozess, weil zumindest ein Plan vorhanden sein sollte, wenn so etwas wie der Brexit angestoßen werde.

Es stelle sich die Frage nach einer Fristverlängerung und deren Konsequenzen, auch hinsichtlich des Brexit-Übergangsgesetzes.

Staatssekretärin Heike Raab erwidert, hinsichtlich einer Fristverlängerung im Rahmen von Artikel 50 des Vertrags über die Europäische Union sei als realistischstes Szenario der 1. Juni 2019 im Gespräch, weil dann die Konstituierung des Europäischen Parlaments ohne Großbritannien statfinde. Von britischer Seite seien keine Vorkehrungen für eine Europawahl getroffen und keine Kandidaten aufgestellt worden. Das Europäische Parlament werde nach einer im Proporz veränderten Zusammensetzung neu bestimmt.

Der 1. September 2019 sei als Frist möglich, weil sich erst einmal das Europäische Parlament, aber noch nicht die neue Kommission konstituiere. Die EU-Kommissare bedürften immer der Zustimmung des Europäischen Parlaments, und sie sollten erst ab dem 1. November ihr neues Amt aufnehmen.

Abg. Gerd Schreiner führt an, im Kern müsse nur über den Worst Case gesprochen werden, da alles andere gut wäre.

In der gestrigen Sitzung des Hochschulkuratoriums der Johannes Gutenberg-Universität Mainz sei sich mit dem Brexit aus der Sicht einer großen Hochschule in Rheinland-Pfalz beschäftigt worden. Die Goethe-Universität Frankfurt am Main und andere Hochschulen hätten europäische privatrechtliche Organisationsformen mit britischen Partnern gebildet, um weiter an EU-Fördergelder zu kommen.

Ein gemeinsames Forschungsprojekt einer deutschen und britischen Hochschule könne von britischer Seite nicht weiter gefördert werden, weil dann Großbritannien nicht mehr EU-Mitglied sei und die Übergangsfristen nur bis 2020 liefen. Seitens der Betroffenen bestehe also sehr viel Kreativität im Umgang mit der Situation. Als Land sollte versucht werden, es zu unterstützen, und der Instrumentenkasten sollte gekannt werden. Laut Herrn Krausch gebe es aktuell bei der Johannes Gutenberg-Universität Mainz keinen Anlass, über so etwas nachzudenken.

Für deutsche und europäische Studierende würden britische Hochschulen in Zukunft richtig teuer werden. Umgekehrt seien europäische Hochschulen für britische Studierende zunehmend interessanter; sie würden noch unterdurchschnittlich aufs Festland kommen, aber das könnte sich ändern.

Vonseiten des Landes sollte eine Politik der offenen Arme gefahren werden. Probleme, vor denen Studierende aus Drittstaaten stünden, wenn sie in der Europäischen Union studieren wollten, beträfen etwa den Lebensunterhalt und BAföG. Momentan liefen die Verhandlungen nach dem Prinzip, dass den Briten das zugestanden werde was die Briten der EU zugestehen würden. Es könnte durchaus klug sein mehr zu machen, weil Interesse daran bestehe, dass junge Briten in der Europäischen Union studierten und Brückenbaufunktionen in den nächsten Jahrzehnten wahrnahmen.

Staatssekretärin Heike Raab erläutert, von britischer Seite sei im Dezember 2018 verabschiedet worden, dass es für Studierende spezielle Regelungen bis 2020 auch hinsichtlich Erasmus und Horizon 2020 geben solle, die den Status nicht gefährdeten.

Staatssekretärin Heike Raab sagt zu, dem Ausschuss ein Factsheet zu den Brexit-Folgen zur Verfügung zu stellen.

Abg. Gerd Schreiner führt an, bei dem einen Jahr Karenz bis 2020 sollte nicht abgewartet und der Fehler der Briten gemacht werden; jetzt sei Zeit, sich das zu überlegen und es auf den Weg zu bringen.

Abg. Thomas Roth möchte wissen, ob eine Fristverlängerung im Rahmen von Artikel 50 auch Auswirkungen auf die Kommunalwahlen haben werde. Briten als EU-Bürger seien mitberechtigt zu wählen und gewählt zu werden, weshalb eventuell neue Listen aufgestellt werden müssten.

26. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.02.2019
– Öffentliche Sitzung –

Staatssekretärin Heike Raab erwidert, im Moment gelte noch der 29. März 2019 als Austrittsdatum. Alle britischen Staatsangehörigen verlieren für die Kommunalwahl in Deutschland ihr aktives und passives Wahlrecht. Sollte es zu einer Verlängerung im Rahmen von Artikel 50 kommen, stelle sich die Frage, welche Teile verlängert würden. Ein Punkt sei, dass Briten weiter EU-Bürger blieben. Britinnen und Briten stellten die drittgrößte Einbürgerungsgruppe in Rheinland-Pfalz dar.

Die Anträge werden vertagt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Die Zukunft Europas gestalten - Europa im Leben der Menschen erfahrbar machen
- Die Sprache des Nachbarn lernen**

Antrag

Fraktion der CDU

[– Drucksache 17/5149 –](#)

Auswertung des Anhörverfahrens vom 7. Juni 2018

Abg. Ralf Seekatz legt dar, die CDU-Fraktion fühle sich durch die Aussagen der Anzuhörenden in ihren Auffassungen bestätigt, und an dem eigenen Antrag werde festgehalten. Es werde als wichtig erachtet, die Landesregierung dazu aufzufordern, den bilingualen Unterricht auszubauen und eine grenzüberschreitende Schule zu schaffen. Außerdem solle das Französischlernen von den Kitas über die Grundschulen bis hin zu den weiterführenden Schulen aufeinander aufbauen und nach gleichen Maßstäben erfolgen, was im Moment als nicht gewährleistet angesehen werde.

Abg. Heike Scharfenberger führt an, mit dem CDU-Antrag sei sich intensiv beschäftigt worden, und in den Grundzügen bestehe Übereinstimmung. Allerdings fehlten in diesem Antrag viele Punkte. Es sei versucht worden, mit der CDU-Fraktion eine Position zu entwickeln und den Antrag gemeinsam zu stellen, was leider von dieser verneint worden sei, sodass noch nicht einmal über den Inhalt geredet worden sei.

Vonseiten der regierungstragenden Fraktionen werde hiermit noch einmal das Angebot gemacht, trotzdem zu einem gemeinsamen Antrag zu gelangen. Es sei auch im Hinblick auf den Aachener Vertrag ein sehr wichtiges Thema, die französische Sprache zu fördern. Die französische Sprache müsse in den Schulen gestärkt werden, und es sei klar, dass mehr getan werden könne. Allerdings fehle in dem CDU-Antrag völlig, was alles schon getan werde.

Die Ausführungen der Anzuhörenden seien sehr widersprüchlich gewesen, weil viele Facetten des „die Sprache des Nachbarn lernen“ genannt worden seien. Die Situation im Elsass, wo es eine eigene Sprache gebe, oder in Luxemburg, wo wesentlich internationaler aufgewachsen werde, müsse anders bewertet werden und könne nicht so einfach auf Deutschland übertragen werden.

Abg. Ralf Seekatz bedankt sich für das Angebot und entgegnet, es sei schon viel Zeit vergangen, und die Kernforderungen der CDU-Fraktion würden durch die vorgelegten Änderungswünsche komplett gestrichen. Deshalb werde keine Basis gesehen, irgendwie zusammenkommen zu können.

Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung (SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen CDU bei Abwesenheit AfD).

Punkt 4 der Tagesordnung:

Euro-Pool-Stellen

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der CDU
[– Vorlage 17/2402 –](#)

Vors. Abg. Andreas Hartenfels ruft in Erinnerung, dass der Antrag schon eine längere Vorgeschichte habe und noch nicht vollständig abgearbeitet sei.

Staatssekretärin Heike Raab führt aus, Euro-Pool-Stellen seien zuletzt in der Sitzung des Haushalts- und Finanzausschuss am 29. Oktober 2018 thematisiert worden. Für Malu Dreyer, Clemens Hoch und sie handle es sich um ein wichtiges Instrument der Personalentwicklung, und man sei schon länger im Gespräch, darauf immer ein Augenmerk zu haben. Die Beziehungen von Rheinland-Pfalz zu verschiedenen EU-Institutionen würden dadurch gestärkt.

Es bestehe ein Interesse daran, dass die Euro-Pool-Stellen auch besetzt seien. Einblicke und Kenntnisse in Strukturen und Prozesse der EU-Institutionen würden mittlerweile eigentlich überall gebraucht, wenn sich in einem der Ministerien zum Beispiel mit EFRE- und ELER-Mitteln, Interreg-Programmen, Erasmus und Horizon 2020 beschäftigt werde. Dazu müsse gewusst werden, wer für was zuständig sei. Dahinter stehe ein Netzwerkgedanke, der verdichtet werden wolle, und die eingesetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien dafür sehr wertvoll.

Zudem gehe es um Fremdsprachenkompetenz sowie die Fragen, wie komplexe Entscheidungs- und Umsetzungsprozesse gestaltet werden könnten und welche Partner auf den verschiedenen Ebenen – Land, Bund und Europa – eingebunden werden müssten.

Es sei beabsichtigt, es besser als in der Vergangenheit zu gewährleisten. Im Rahmen eines Deckblatts beim vergangenen Haushaltsaufstellungsverfahren sei eine zusätzliche Sachbearbeitungsstelle im Personalreferat der Staatskanzlei geschaffen worden, auch um die nicht ganz einfache Ausgangslage, zum Beispiel bei der Besetzung von Stellen als nationale Sachverständige, besser begleiten zu können. Das Deckblatt sei dankenswerterweise von der CDU-Fraktion mitgetragen worden.

Es stelle sich die Frage, wo die Kolleginnen und Kollegen in den vergangenen drei Jahren, in denen sie als Bevollmächtigte dafür zuständig sei, verblieben seien. Ein Mitarbeiter des Wirtschaftsministeriums, der bis zum Jahr 2012 in der Landesvertretung in Brüssel und sodann als nationaler Sachverständiger in der Generaldirektion Umwelt tätig gewesen sei, sei seit Sommer 2018 zurück im Wirtschaftsministerium. Dort sei er im Bereich Tourismus, insbesondere mit Bezug auf Interreg und Europa, tätig. Seine langjährigen Erfahrungen sowohl in der Vertretung des Landes als auch bei der EU-Kommission seien wertvolle Skills, die dort gut eingesetzt würden. Er habe vielfältige Kontakte, was die Organisation des Umsetzungsprozesses der rheinland-pfälzischen Tourismusstrategie erleichtere.

Ein weiterer Mitarbeiter vom Ministerium des Innern und für Sport sei bis Ende 2016 beim Europäischen Auswärtigen Dienst eingesetzt gewesen und jetzt für eine Tätigkeit als Deputy Head of Mission im Rahmen der European Union Rule of Law Mission (EULEX) im Kosovo beurlaubt. EULEX unterstütze im Auftrag der EU die Regierung des Kosovo beim Aufbau von nachhaltigen rechtsstaatlichen Strukturen in den Bereichen Polizei, Justiz und Verwaltung.

Im vergangenen Jahr sei es gelungen, eine langjährige und erfahrene Mitarbeiterin der Landesvertretung in Brüssel für die Vorbereitung und die Zeit des deutschen Vorsitzes der EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte 2020 an die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union zu entsenden. Es bestehe ein wertvoller und ständiger Austausch mit ihr für die Vorbereitung von Sitzungen, da Rheinland-Pfalz ab Juli 2019 den Vorsitz der Europaministerkonferenz übernehmen werde. Diese Mitarbeiterin werde mit B 3 besoldet, und dank einer Änderung könnten Stellen mit B-Besoldung seit dem 1. Januar 2019 als Euro-Pool-Stellen ausgewiesen werden.

Eine weitere Mitarbeiterin, die Spiegelreferentin für die Bereiche Bildung und Wissenschaft in der Landesvertretung gewesen sei, sei seit dem vergangenen Jahr nationale Sachverständige im Bereich der

Welterbestätten. Da Rheinland-Pfalz in diesem Bereich viel zu bieten habe, sei sie eine wichtige Ansprechpartnerin. Welterbestätten seien vergangenes Jahr auch ein europäisches Thema gewesen, das auf der Oberrheinkonferenz, welche das Thema für Rheinland-Pfalz mit vertrete, stark gemacht worden sei.

Ein neuer Kollege komme vom Ministerium des Innern und für Sport, der in einem Weiterbildungsprogramm eine Zusage für einen zunächst fünfmonatigen Aufenthalt in der Generaldirektion Mobilität und Verkehr erhalten habe. Es gehe insbesondere um Sicherheitsfragen, zum Beispiel beim Einsatz von Telematik. Sie habe am vergangenen Tag befürwortet, dass dieser nationale Sachverständige an diese Stelle entsandt werde.

Die Möglichkeiten des Euro-Pools wollten genutzt werden, um die Entsendung zu unterstützen. Es werde begrüßt, wenn Abgeordnete hielten, diese positiven Erfahrungen mit nach außen zu tragen und in Gesprächen mit aufzunehmen; denn es würden immer Menschen gesucht, die bereit seien, nach Brüssel zu gehen. Am vergangenen Tag habe eine Praktikantin von Abgeordnetem Geis in Brüssel begrüßt werden können.

Im Sekretariat sei eine Stelle ausgeschrieben worden, für die ein ehemaliger Praktikant im Rahmen des kommunalen Austauschprogramms zurückkomme. Hierbei handle es sich nicht um eine Euro-Pool-Stelle, sondern um junge Menschen, die in den Kommunalverwaltungen Ausbildungen machten und im Rahmen einer Stage kämen.

Abg. Gerd Schreiner hält die Euro-Pool-Stellen für eine großartige Sache, die das Personal- und Beamtenrecht für die Interessenvertretung von Rheinland-Pfalz und eine vernünftige Personalentwicklung biete. Laut den Ausführungen von Staatssekretärin Heike Raab seien von den sieben im Beamtenstellenplan vorgesehenen Stellen aktuell vier Stellen in Brüssel besetzt. Dies erkläre auch, warum im Rahmen der Haushaltsberatungen der Haushaltsansatz trotz eines Stellenplans mit sieben Stellen auf 250.000 Euro habe begrenzt werden müssen.

Es müsse sich die Frage gestellt werden, warum es schwierig sei, Interessenten zu gewinnen. Es sei Teil der individuellen Lebensplanung, ob sich vorgestellt werden könne, ein Jahr in Brüssel zu arbeiten. Vonseiten des Landes könne die Bereitschaft der Vorgesetzten, es aktiv zu unterstützen, gesteuert werden. In einer stark arbeitsverdichteten Landesverwaltung sei es zum Beispiel ein Thema, wenn in einer kleinen Einheit eine Person nach Brüssel gehen wolle, weil die Beteiligten wüssten, dass im Zweifelsfall mehr Arbeit auf sie selbst zukomme.

Zu fragen sei, inwiefern dieses Hemmnis beseitigt werden könne. Letztendlich gehe es um die Nachbesetzung von Personen, die über Euro-Pool-Stellen nach Brüssel gingen, damit keine Arbeit liegen bleibe. Dafür müsse die Bereitschaft bestehen, eine gewisse Rotation in die Verwaltung hineinzubekommen.

Darüber hinaus sei von Interesse, ob es in Rheinland-Pfalz wie in anderen Bundesländern ein Fortbildungsprogramm als Crashkurs in europäischen Institutionen vor Ort gebe, sodass zum Beispiel jede Person ab einer Besoldung von A 16 zwei oder vier Wochen in Brüssel gewesen sein müsse.

Staatssekretärin Heike Raab erwidert, in Rheinland-Pfalz würden Anreizsysteme als wichtig empfunden; die Strategie sei also, dass jeder könne, aber müsse nicht. Es kämen auch sehr viele für eine kürzere Zeit.

Neben den Euro-Pool-Stellen für Aufenthalte an anderen europäischen Institutionen seien in Brüssel Spiegelreferenten, bei denen eine skurrile Situation existiere: Manche gingen für zwei oder drei Jahre nach Brüssel, kämen wieder zurück und übernahmen hier wieder eine Aufgabe; andere gründeten in ihrer zwei- oder dreijährigen Zeit in Brüssel eine Familie oder die Familie werde größer, die Kinder gingen in Brüssel zur Schule und Eltern mit schulpflichtigen Kindern seien dann nicht mehr so umzugswillig.

Im Hinblick auf Spiegelreferenten bestehe immer ein intensiver Austausch mit den Ministerien, um geeignete Personen zu finden, die gern nach Brüssel gingen und dort einen Beitrag für ihr Ministerium

26. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.02.2019
– Öffentliche Sitzung –

leisteten; denn jeder Spiegelreferent müsse auch eine Anbindung haben und zum Beispiel in die Abteilungsrunden eingebunden werden. In Berlin und in Brüssel existierten dafür Videokonferenzanlagen.

In der Staatskanzlei seien in den drei Abteilungen Kabinett, Europäische und internationale Zusammenarbeit und Bundesangelegenheiten Spiegelreferenten beschäftigt. Es sei angeregt worden, dass auch diese drei Spiegelreferenten immer einen engen Austausch pflegten. Angelegenheiten aus dem Bundesrat stellten zu mindestens einem Drittel und manchmal zur Hälfte die Umsetzung von Europarecht dar, und Frau Dr. Beckmann sei für den EU-Ausschuss zuständig.

Außerdem würden fachkompetente Spiegelreferenten gebraucht. Auch wegen der Sprachen sei es eine Herausforderung, in Brüssel zu arbeiten. Leider werde nicht alles von Anfang an in deutscher Sprache erhalten, weshalb mindestens ein Working Level in Englisch vorhanden sein müsse; viele könnten auch Französisch, weil oft verstanden werden müsse, was geändert worden sei. Dank des guten rheinland-pfälzischen Systems habe sie selbst es in Berlin oft übernommen, im Kreise der Bevollmächtigten auf Verordnungen hinzuweisen, die direkte Auswirkungen zum Beispiel auf die Forstwirtschaft hätten. Es sei sehr intensiviert worden, und im Moment bestehe ein gutes Team aus Kräften, die schon lange da seien, und vielen neuen Kräften, was es ausmache.

Die Nachbesetzungsfrage könne nicht beurteilt werden, weil nicht gewusst werde, wie die Ministerien die Lücken schlossen.

Abg. Gerd Schreiner regt an, die Nachbesetzungsfrage im Rahmen der nächsten Haushaltsberatungen zu erörtern, da sich gerade die Minister und Staatssekretäre damit auseinandersetzen sollten.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit in der Großregion

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

der Fraktionen der SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

[– Vorlage 17/4299 –](#)

Dr. Hans-Jürgen Blinn (Referent im Ministerium für Bildung und im Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur) stellt sich als EU-Referent sowohl im Ministerium für Bildung als auch das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur vor, wo er nach einer gemeinsamen Verwaltungsverordnung für den Bereich Europa und grenzüberschreitende Zusammenarbeit zuständig sei. In dieser Funktion betreue er auch die Arbeitsgruppen mit Blick sowohl auf die Großregion als auch den Oberrhein.

Bei der Fachministerkonferenz am 15. Januar 2019 in Belval in der Nähe von Luxemburg-Stadt, wo auch die Universität Luxemburg ihren Sitz habe, sei es zu einer gemeinsamen Absichtserklärung zur Zukunft der institutionellen Zusammenarbeit in den Bereichen Hochschulwesen und Forschung in der Großregion gekommen.

Die unterzeichnenden Gebietskörperschaften in der Großregion hätten sich darauf verständigt, in Zukunft einen gemeinsamen Forschungsfonds einzurichten. Zu den Unterzeichnern gehörten das Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur des Landes Rheinland-Pfalz, das Ministerium der Föderation Wallonien-Brüssel, die Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens, das Ministerium für Hochschule und Forschung des Großherzogtums Luxemburg, die Staatskanzlei des Saarlands, der Regionalrat Grand Est, das Rektorat der Akademie Nancy-Metz und die drei Departements Moselle, Meurthe-et-Moselle und Meuse.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit solle insofern gestärkt werden, als nicht nur in gemeinsamen Forschungsprojekten zum Beispiel im Rahmen von EU-Mitteln, Interreg-Mitteln oder nationalen Mitteln zusammengearbeitet werde. Es sei vielmehr wichtig, einen Wissenschaftstransfer herzustellen, wenn ein Projekt schon abgeschlossen sei. In der Zusammenarbeit habe sich herausgestellt, dass die Umsetzung und die Verbreitung der Forschungsergebnisse oft nicht mehr durch Forschungsprogramme unterstützt würden, wofür dieser Forschungsfonds eingerichtet werden solle.

Es sei sich noch nicht darauf geeinigt worden, wie hoch diese Forschungsförderung sein solle. Selbstverständlich seien aber alle vier Partner – Frankreich, Luxemburg, Deutschland und Belgien – bereit, dazu einen Beitrag zu leisten.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Aachener Vertrag

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
der Fraktionen der SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[– Vorlage 17/4300 –](#)

Staatssekretärin Heike Raab führt aus, der Aachener Vertrag sei im Rahmen einer Aktuellen Debatte in der Plenarsitzung am 31. Januar 2019 thematisiert worden, woran sie aufgrund der Vorkonferenz der Ministerpräsidentenkonferenz nicht habe teilnehmen können.

Im Krönungssaal des Aachener Rathauses hätten Oliver Stumpf, Werner Schreiner und sie zugegen sein können. Es sei ein historischer Moment gewesen, und die gesamte Familie der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit von der Oberrheinregion bis zur Großregion sei anwesend gewesen, darunter Vizepräsident Rémi Bertrand und Präfekt Jean-Luc Marx. Eine große Freude habe darüber geherrscht, dass das Thema der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eine solche Stärkung erfahren habe.

Im Vorfeld dieses großen Ereignisses habe in Berlin ein bisschen Unruhe geherrscht, weil am gleichen Tag ursprünglich die Assemblée nationale nach Berlin zum Bundestag hätte kommen und dort den Vertrag hätte begleitend unterzeichnen sollen. Umgekehrt hätte eine Delegation des Bundesrats zum französischen Senat fahren sollen. Zu diesem Zeitpunkt sei aber noch nicht bekannt gewesen, dass in Aachen dieses Großereignis stattfindet. Nach dessen Bekanntwerden habe Bundestagspräsident Schäuble die Veranstaltung mit der Assemblée nationale abgesagt. Nachdem Senatspräsident Larcher auch eine Einladung nach Aachen erhalten habe, habe er die Veranstaltung im Senat ebenfalls abgesagt.

Eine Delegation des Bundesrats fahre aber am 19. März 2019 nach Paris, um das Anliegen – auch den parlamentarischen Austausch – noch einmal zu bekräftigen; denn im Moment bestünden Absichten auf der Ebene der nationalen Parlamente und es würden eine Reihe an Gremien geschaffen, wo die Länder mitmischen wollten.

Zu den Vertragsinhalten gehöre das große Thema der Bildung mit den vielen Schulpartnerschaften insbesondere mit dem Burgund, Sprachzertifikaten wie DELF, das in den Regelunterricht integriert werden solle, der beruflichen Bildung und dem Interreg-Programm „Erfolg ohne Grenzen“.

Am 5. Februar 2019 habe eine gemeinsame Kabinettsitzung im Saarland stattgefunden, bei der im Hinblick auf den Forschungsbereich unter anderem die Universität der Großregion und die Bewerbung als Europäische Universität auf der Tagesordnung gestanden hätten. Des Weiteren sei das Thema „Künstliche Intelligenz“ im Aachener Vertrag enthalten, und in Rheinland-Pfalz existiere in Kaiserslautern – wie im Saarland – ein Deutsches Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI).

Vor etwa zwei Wochen habe ein Austausch mit der französischen Botschafterin Anne-Marie Descôtes stattgefunden, bei dem es um die europäische Plattform und den Kulturraum gegangen sei. Momentan sei der Intendant des Südwestrundfunks Präsident von ARTE, wo er eine deutsch-französische Plattform eingebracht habe. Aktuell bestehe eine Dominanz der US-amerikanischen Plattformen wie Google und Amazon. In der Rundfunkkommission werde sich immer die Frage gestellt, wie dem ein europäisches Gegengewicht entgegengesetzt werden könne, bei dem die eigenen Maßstäbe von demokratischer Kommunikation angelegt würden und den Freiheitsrechten auch die Schranken der Wahrheit und der Recherche gegenüberstünden. Dies werde bei dem genannten Treffen im März 2019 in Paris aufgenommen.

Beim Thema „Mobilität“ sei Werner Schreiner viel gelungen. Es gehe um das Ticketing und neue kompatible Schienenfahrzeuge, damit diese von Neustadt nach Straßburg oder von Wörth nach Straßburg ohne Umstieg zu bedienen seien.

Der Aachener Vertrag beinhalte zudem den European Cross Border Mechanism, über den auch bei dem genannten Treffen im Saarland gesprochen worden sei.

26. Sitzung des Ausschusses für Europafragen und Eine Welt am 07.02.2019
– Öffentliche Sitzung –

Aus rheinland-pfälzischer Sicht sei die Liste mit den 15 Prioritäten besonders wichtig. Es seien ca. 100 grenzüberschreitende Projekte in Vorbereitung, wovon 15 priorisiert und vom Presse- und Informationsamt der Bundesregierung als „Deutsch-Französische Agenda. Prioritäre Vorhaben in Umsetzung des Vertrags von Aachen“ veröffentlicht worden seien. Dazu gehörten eine digitale Plattform, ein Bürgerfonds für gemeinsame Projekte, ein Ausschuss für grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die AKW-Thematik, die Bahnverbindungen und ein Forschungs- und Innovationsnetzwerk.

Abg. Heike Scharfenberger hält es für wichtig, dass der Élysée-Vertrag mit dem Aachener Vertrag noch einmal bestärkt worden sei und weiterentwickelt werde, und führt an, dass die deutsch-französischen Beziehungen die Keimzelle und der Motor für Europa seien. Deshalb müssten die deutsch-französischen Beziehungen am Leben gehalten werden.

Grenzüberschreitende Zusammenarbeit könne im Hinblick auf eine unendliche Themenvielfalt stattfinden. Die Einigung auf 15 Prioritäten sei erfreulich, wenngleich diese durch die zu bildenden Ausschüsse auch mit Leben gefüllt werden müssten. Danach müsse mit der nächsten Prioritätenliste begonnen werden, weil die Themen unendlich seien.

Eine Schwierigkeit sei, dass in Frankreich eine andere Struktur bestehe. Deutschland sei in Ländern organisiert, und gerade die grenzüberschreitenden Beziehungen würden auf Landesebene sehr vorangetrieben. In Frankreich existierten jetzt große Regionen, die aber sehr von der Zentralregierung bestimmt würden. Es müsse ein Augenmerk darauf gelegt werden, dass es in den Regionen ankomme und entscheidungsfähige Personen in diesen Ausschüssen säßen; denn es entstünden Hemmnisse, wenn immer wieder nachgefragt werden müsse.

Staatssekretärin Heike Raab bemerkt, der Ausschuss für Europafragen und Eine Welt besuche regelmäßig Brüssel und begleite europäische Themen. Wenn in diesem Jahr aber das Europäische Parlament gewählt werde und die Kommission noch nicht konstituiert sei, stelle sich die Frage, ob eine auswärtige Sitzung in Brüssel Sinn ergebe.

Möglicherweise könnte das Thema der Schienenwege so genutzt werden, dass der deutsch-französische Austausch seitens des Ausschusses in Betracht genommen und das Thema „Aachener Vertrag“ mit persönlichen Begegnungen unterstrichen werde. Eine Fahrt nach Paris dauere drei Stunden, und die Delegation des Bundesrats sei am 18./19. März 2019 in Paris.

Vors. Abg. Andreas Hartenfels bedankt sich für die inhaltliche Anregung und schlägt eine kurzfristige Beratung in den Fraktionen vor. Es könne sich mit einem Vorschlag an den Ältestenrat gewandt werden.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Abg. Heike Scharfenberger weist auf den Rheinland-Pfalz-Tag in Dijon am 22./23. Juni 2019 hin und regt einen gemeinsamen Besuch der Abgeordneten an. Dieser solle nicht im Rahmen einer Ausschussreise stattfinden, aber eine dortige Präsenz werde als Bestärkung des Bündnisses für wichtig gehalten.

Vors. Abg. Andreas Hartenfels dankt den Anwesenden für die Mitarbeit, weist auf den Termin der nächsten Sitzung am Dienstag, 26. März 2019, um 14:00 Uhr hin und schließt die Sitzung.

gez. Dr. Rack
Protokollführerin

Anlage

In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete:

Geis, Manfred	SPD
Noss, Hans Jürgen	SPD
Scharfenberger, Heike	SPD
Schmitt, Astrid	SPD
Wansch, Thomas	SPD

Barth, Thomas	CDU
Meurer, Elfriede	CDU
Schreiner, Gerd	CDU
Seekatz, Ralf	CDU

Roth, Thomas	FDP
--------------	-----

Hartenfels, Andreas	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
---------------------	-----------------------

Für die Landesregierung:

Raab, Heike	Bevollmächtigte beim Bund und für Europa, für Medien und Digitales
Blinn, Dr. Hans-Jürgen	Referent im Ministerium für Bildung und im Ministerium für Wissenschaft, Weiterbildung und Kultur

Landtagsverwaltung:

Hardt, Dr. Markus	Ministerialrat
Rack, Dr. Katrin	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)